

Petition

Wir Kulturschaffenden der Landeshauptstadt Magdeburg und der Umgebung appellieren an den Stadtrat, den Oberbürgermeister Herrn Dr. L. Trümper und den Kulturbeigeordneten Herrn Prof. M. Puhle dafür Sorge zu tragen, dass die Festung Mark (FM) ihren Kulturauftrag für unsere Stadt erfüllen kann. Die FM, die zur Wendezeit als Ruine ein unbeachtetes Dasein fristete, wurde durch die harte Arbeit einer enthusiastischen Gruppe von jungen Leuten, getragen von einer Bürgerstiftung bestehend aus mehr als 300 Stiftern und mit großer Unterstützung der Stadt- und Landespolitik zu einem einzigartigen Kulturzentrum entwickelt, das als Schnittstelle zwischen der Stadt und den Hochschulen eine wichtige kulturpolitische Aufgabe erfüllt. In die Hülle der FM sind seit 2001 mehr als 4 Millionen € geflossen. Dabei handelt es sich zum größten Teil um Fördermittel des Bundes und des Landes, aber es kamen auch beachtliche Summen aus dem Stadthaushalt. Das Veranstaltungsspektrum der FM umfasst gegenwärtig Volksfeste, Kunsthandwerkermärkte, Tanzveranstaltungen, akademische Feste der Hochschulen und anderer Forschungseinrichtungen, Firmen- und Familienfeiern, Konzerte aller Art, Comedy und Kleinkunst, Lese- und Diskussionsabende.

Die jetzt erlassene Baugenehmigung aus dem Bauordnungsamt, die auch den Kultur- und Gastronomiebetrieb reglementiert, legt u.a. fest, dass auch für Innenveranstaltungen nur noch fest installierte und eingeregeltere Tonanlagen benutzt werden dürfen. Ausnahmen sind nur gestattet, wenn die Veranstaltung durch Messungen eines zugelassenen Sachverständigen begleitet werden, was Kosten von ca. 800 Euro je Veranstaltung verursacht. Eine derartige Auflage ist allenfalls für große Tanzveranstaltungen sinnvoll, jedoch für alle anderen Veranstaltungstypen völlig ungeeignet. Konzerte, Lesungen, und Kleinkunstveranstaltungen mit einer geringeren Zuhörerschaft, die meist ohnehin schon defizitär sind, können die Kosten nicht aufbringen. Damit werden die wesentlichen und profilbestimmenden Sparten der Kultur in der FM zerschlagen. Wirtschaftlich durchführbar wären danach nur noch Veranstaltungen mit Großdiskothekencharakter, die Vielfalt der Kunst und des gesellschaftlichen Lebens und insbesondere die studentische Kultur werden aus der FM vertrieben. Somit wären weder das Geld der Stifter noch die Fördermittel bestimmungsgemäß eingesetzt worden und die durch die Auflagen der Verwaltung der Stadt herbeigeführte Betriebsform widerspräche der ursprünglichen politischen Zielsetzung.

Eine Reihe weiterer Festlegungen der Baugenehmigung sind völlig absurd, sehr wahrscheinlich rechtswidrig und werfen die Frage auf, was damit eigentlich bezweckt werden soll.

Magdeburg hat sich erfolgreich um die Ausrichtung der European Choir Games Magdeburg (5.-12. Juli 2015) beworben und nach dem Vertrag mit dem Dachverband Interkultur steht die FM als Chorzentrum sowie für Freundschaftskonzerte und gemeinsames Singen zur Verfügung. Bei Aufrechterhaltung der Baugenehmigung würde es anlässlich dieses Festes zu einem landesweit beachteten Eklat kommen, wenn nämlich das Team der FM den europäischen Gästen ab 21.30 Uhr den Zutritt zu dem mit viel Geld sanierten historischen Innenhof verbieten müsste und die Gäste, die abends unter freiem Himmel beisammen sein möchten, in die Gaststätten der Stadt umziehen müssten.

Die Inkraftsetzung der Baugenehmigung käme der Abwicklung der FM als funktionsfähiges, sich selbst tragendes Kulturzentrum gleich und würde den vom damaligen Kulturbeigeordneten Dr. R. Koch auf den Weg gebrachten Prozess der Bewerbung um den Titel „Kulturhauptstadt Europas“ torpedieren.

Was die Leistungen der Kulturschaffenden betrifft, stehen die Chancen der Bewerbung gut und wir sind auch entschlossen, dieses Ziel weiter zu verfolgen. Was derzeit zum Erfolg fehlt, ist das erkennbare Bemühen der politisch Verantwortlichen, in Magdeburg Kulturarbeit in wirksamer Form auf allen Ebenen zu ermöglichen. Das, was der FM angetan wird, ist ja nur ein besonders krasses Beispiel eines Trends, den auch andere Kultureinrichtungen erleben. Anstatt eine helfende Beratung anzubieten, wie auftretende Probleme gesetzeskonform gelöst werden können, agieren Magdeburgs Ämter zunehmend mit der Bußgeldkeule, wobei oft jedes Augenmaß für Verhältnismäßigkeit fehlt.

Als ersten Schritt zur Gesundung des freien Kulturbetriebs in Magdeburg fordern wir, hinsichtlich der FM mit einer geänderten Baugenehmigung für verlässliche rechtliche Rahmenbedingungen zu sorgen, die den Fortbestand des Kulturbetriebs ermöglichen. Voraussetzung hierfür ist ein von Fachwissen auf den Gebieten der Kulturpolitik, der Gefahrenabwehr und des Emissionsschutzes getragener Dialog aller zuständigen Bereiche der Stadtverwaltung mit dem Team der FM unter Wahrung rechtsstaatlicher Prinzipien.

Außerdem regen wir an, unter der Moderation der Stadtpolitik einen regelmäßigen Dialog zwischen der Verwaltung und den Kultureinrichtungen zu etablieren.